

Neues aus dem BAKJ

Vom 28.-30. November 2003 fand in Bremen der Kongress des Bundesarbeitskreises Kritischer Juragruppen (BAKJ) unter dem Titel: „Krieg, Kampf oder Reform? Mittel, Wege und Ziele! Das Ringen um eine neue Weltordnung“ statt. Der Kongress begann am Freitag mit einer Diskussion zum Sozialabbau der rot-grünen Bundesregierung. Auf dem Podium diskutierten ein Mitglied von Ver.di, eine Vertreterin einer Arbeitslosenorganisation sowie ein SPD-Bürgerschaftsabgeordneter aus Bremen. Dabei wurden diverse Konflikte deutlich: Die Arbeitslosen-Votreterin und der Ver.di-Funktionär waren sich gegen den SPD-Vertreter darin einig, dass entgegen aller Darstellungen seitens der Regierenden und der Medien kein Ausgabeproblem in Form leerer Kassen, sondern ein Einnahmeproblem in Form z. B. zu geringer Steuern besteht. Als aber die Forderung an die Gewerkschaften laut wurde, nicht allein die Interessen der ArbeitnehmerInnen zu vertreten, sondern auch jene der Arbeitslosen, musste der Ver.di-Vertreter einräumen, dass dies viel zu wenig geschehe.

Am Samstag gab es zwei AG-Blöcke zu folgenden Themen: Rüstungsexport von Deutschland und der EU, die Rolle und Funktion des Internationalen Strafgerichtshofs, EU-Verfassung, Nahostkonflikt, Politische Justiz. Die Einladung des Referenten für die AG zum Nahostkonflikt Ludwig Watzal, sorgte für Konflikte. Ursächlich dafür ist der seit geraumer Zeit in der Linken schwelende Konflikt über Antisemitismus in der Linken und die Frage, wie sich Deutsche aufgrund der Nazivergangenheit im aktuellen Nahostkonflikt positionieren dürfen. Watzals Anliegen war es, in der AG auf die Menschenrechtsverletzungen, die die PalästinenserInnen aktuell erfahren, hinzuweisen. Aus dem antideutschen Spektrum hagelte es hierfür scharfe Kritik, da unbedingte Solidarität mit Israel verlangt wird. Auf indymedia wurde dazu aufgerufen, den Kongress zu verhindern, um solchen ihrer Meinung nach antisemitischen Positionen kein Forum zu geben. Die Gruppe der OrganisatorInnen entschied sich, an dem Referenten festzuhalten und gab dazu eine Stellungnahme ab, die bald unter www.bakj.de abzurufen ist.

Eine Stellungnahme des BAKJ zu diesem Konflikt wurde nicht erarbeitet, weil der Nahostkonflikt, insbesondere die innerlinke Auseinandersetzung, bislang kein Thema im BAKJ und für viele der TeilnehmerInnen neu war. Eine Meinungsbildung zu diesem komplexen Thema war in der kurzen Zeit nicht möglich.

Am Sonntag fand das BAKJ-Plenum statt. Es wurde ein neuer SprecherInnenrat gewählt und die nächsten zwei Kongressorte festgelegt. Im Sommersemester 2004 wird in Freiburg der nächste Kongress stattfinden und im Wintersemester 2004/05 organisiert die Berliner Gruppe an der FU den Kongress.

BAKJ - Adressen

SprecherInnenrat:

Björn Josten, Julia Kühn (beide Münster), Lena Dammann (Hamburg), Erkan Zünbül (Bremen)

Postadresse: BAKJ, c/o Lena Dammann, Schwenckestr. 74, 20255 Hamburg

E-Mail an die Koordination: bakj@bakj.de

Homepage: www.bakj.de

Bankverbindung:

Bela Rogalla, Kto.Nr. 1238439440, Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 10

BAKJ-Gruppen

Berlin: Kritische JuristInnen/Alternative Liste Jura an der FU Berlin, Boltzmannstr. 3, 14195 Berlin, E-Mail: aljura@zedat.fu-berlin.de, Homepage: www.kritischejuristinnen.ewarp.de

Bremen: Studiengangsausschuss Jura Bremen, Universität Bremen, Fachbereich 6, Universitätsallee GW1, 28359 Bremen, Tel.: 0421/2184853

Frankfurt: Arbeitskreis kritischer JuristInnen Frankfurt/M., c/o AStA Uni Frankfurt, z.Hd. Georgius Kaimakanis, Mertonstr. 24-26, 60325 Frankfurt, Tel.: 069/798-23181 oder -23182, Fax: 069/702039

Freiburg: Arbeitskreis kritischer Juristinnen und Juristen (AKJ) Freiburg, c/o Anika Böttcher, Turnseestr. 35, 79102 Freiburg, Tel.: 0761/8814195, e-mail: anika.boettcher@gmx.de

Hamburg: Hamburgs Aktive JurastudentInnen (HAI), c/o Jan Gehrken, Baumkamp 3, 22299 Hamburg, e-mail: jan@forum-recht-online.de

Köln: Arbeitskreis kritischer JuristInnen (AKJ) Köln, c/o Lucia Alfonso, Grabengasse 10, 50679 Köln, e-mail: AKJ@uni-koeln.de

Münster: Kritische JuristInnen Münster, c/o Björn Josten, Telemannstr. 26, Wohnung 24, 48147 Münster, e-mail: bjoernjo@uni-muenster.de

Zielsetzung:

Der RAV gründete sich 1979 als politische Anwaltsorganisation neben den Strafverteidigervereinigungen. In einer Zeit von öffentlichen Angriffen sowie Straf- und Ehrengerichtsverfahren gegen Anwälte, vor allem gegen solche, die in politischen Strafverfahren verteidigen, sollte eine schlagkräftige Interessenvertretung aufgebaut werden. Ein Republikaner war und ist ein radikaler Demokrat, also einer, der auf dem Vorrang der Menschen- und Bürgerrechte gegenüber den Interessen staatlicher und wirtschaftlicher Institutionen besteht und stets mehr Demokratie will, als gerade erreicht ist.

Für den Anwaltsberuf heißt das, Recht als Waffe zu verstehen, es für Schwächere gegen Herrschaft einzusetzen und es auf die republikanische Ziele hin weiterzuentwickeln.

Dem Begriff "republikanisch" fühlt sich der RAV ungeachtet dessen, dass eine rechtsradikale Partei sich diesen Namen sinnwidrig anmaßt, nach wie vor verpflichtet.

Gegenüber 1979 hat sich die Rechtswirklichkeit stark verändert. Engagierte Anwältinnen und Anwälte sind in der Öffentlichkeit weitgehend akzeptiert. Exponierte RAV-Mitglieder wurden Bundes- und Landesminister, Präsidenten von Rechtsanwaltskammern o.ä.. Die Probleme der Mandanten sind jedoch ähnlich wie zu Gründungszeiten. Die Rechte von Flüchtlingen und Nichtdeutschen werden ständig beschränkt. Die Opfer einer irrationalen Drogenpolitik finden sich ebenso in den überfüllten Haftanstalten wie eine wachsende Zahl Armutskrimineller. In den Gefängnissen harren die hehren Ziele des Strafvollzugsgesetzes ihrer Umsetzung. In Zeiten wirtschaftlicher Krise werden Errungenschaften des Sozialstaates abgebaut. Gerade deswegen ist die Satzung des RAV von ungebrochener Aktualität, wenn es dort heißt:

"Der Rechtsanwalt ist ein einseitig gebundener Interessenvertreter seines Mandanten und ausschließlich diesem und sich selbst verantwortlich."

Die Tätigkeit des RAV hat folgende Schwerpunkte:

Der RAV sieht sich als Teil der Bürgerrechtsbewegung und arbeitet mit zahlreichen Verbänden und Gruppen zusammen.

Er nimmt Einfluß auf rechtspolitische Entwicklungen durch Beteiligungen an der öffentlichen und fachöffentlichen Diskussion, u. a. durch Abgabe von Stellungnahmen gegenüber der Legislative sowie dem Bundesverfassungsgericht.

Er streitet insbesondere

- gegen die ständige Verschärfung des Straf- und des Prozessrechts,
- gegen Polizeigewalt und die ständige Ausweitung polizeilicher Befugnisse,
- gegen ein rassistisches Asyl- und Ausländergesetz.
- für die Wahrung der Rechte von Minderheiten,
- für menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen

Er vertritt diese Ziele auch in der europäischen Anwaltsvereinigung AED (Avocats Européens Démocrates),

Er arbeitet in der Menschenrechtsbewegung.

Er vertritt eine konsequent antimilitaristische Position in internationalen Konflikten.

Er unterstützt verfolgte ausländische Kolleginnen und Kollegen.

Er lässt Prozesse beobachten,

Er unterstützt die Arbeit der europäischen Legalteams und betreibt anwaltliche Fortbildung wie Fachanwaltskurse und sonstige berufliche Fortbildungsveranstaltungen.

Republikanischer
Anwältinnen- und
Anwälteverein e. V.

RAV

Geschäftsstelle: Haus der Demokratie

Greifswalderstr. 4 / 10405 Berlin

Tel. 030-41723555 / Fax: 030-41723557

Email: RAVev@t-online.de / Internet: www.rav.de